

**Bezugspreise:**

für Halle monatlich bei zweimonatlicher  
Lieferung 7,50 Mark, vierteljährlich  
22,50 M., und die Post monatlich  
22,50 M., und teilsweise 24,75 M.,  
insb. Zustellungsgebühren. Ver-  
stellungen werden von allen Rich-  
tungen aus entnommen. Im  
amtlich. Zeitungsvorzeichen unter  
einer Zeitung eingetragene, für  
umsetzung eingesetzte Monu-  
mentstreife wird keine Gebühr abge-  
nommen. Außerdem nur mit der  
Zustellung. Halle-Zeitung ge-  
stellt. Fernr. der Schriftleitung Nr.  
1140, der Postverwaltung Nr. 1133  
u. 1133, der Bezugs-Abtg. Nr. 1133

**Morgen-Ausgabe.**

# Landes-Zeitung

**54. und 55. Jahrgang.**

**Anzeigenpreise:**

Die 8 gespaltenen 36 mm breite Millimeter-  
zeile oder deren Raum 60 Pf.,  
sonst längeren 40 Pf., Restanten  
die 92 mm breite Millimeterzeile  
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an  
unserer Geschäftsstelle u. sämtliche  
Anzeigenstellen. Erfüllungsort  
Halle. Erscheinung täglich 2 mal,  
Sonntags und Montags 1 mal.  
Schriftleitung und Haupt-Ge-  
schäftsstelle: Halle, Neue Promen-  
ade 19. Dr. Druckhausstr. 17.  
Leben-Geäftsstellen: Große  
Kirchstr. 52 und Markt 24.  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 6009.

**Sonder-Ausgabe.**

**halle, Montag den 21. Februar 1921.**

**Einselpreis 30 Pfa.**

## Der Ausfall des Großwahltages.

### Das Wahlergebnis.

Der erste Eindruck, den man aus den während der ersten  
Nachstunden eingelaufenen Teilergebnissen aus dem Re-  
sultatsbericht der Wahlkommission sowie aus den anderen Wahl-  
berichten gewann, war der, daß in den sozialistischen und  
kommunistischen Arbeiterkreisen eine außerordentlich starke  
Müdigkeit eingetreten ist in ähnlicher Weise, wie es  
bei den letzten Landtagswahlen in Sachsen der Fall war.  
Die finale Höhe der Abstimmungen hat den Erfolg gezeigt,  
daß zahlreiche Wähler aus den Linksparteien bei ihrem  
Wahlzettel lieber abgesehen haben, als ihren früheren  
dem Wahlsieger zu geben. Diese Tatsache, die sich besonders in den „Kommunisten-  
kreisen“ und weitestgehend bei Berlin zeigte, wo die Wahl-  
beteiligung nur 60 Prozent gegen 75 bis 80 Prozent in den  
meisten anderen Bezirken betrug. Auf diese Weise ist in  
sehr viel in Bezirken ein bürgertliches Uebergewicht über die  
sozialistischen Parteien in ihrer Gesamtheit erreicht worden.  
Angenommen, daß diese Verhältnisse auf eine ausnahms-  
weise Mehrbeteiligung der bürgerlichen Elemente an der  
Wahl zurückzuführen ist, erscheint richtig. Es würde vielmehr  
richtig sein, daß die bürgerlichen Parteien in ihrer Ge-  
samtheit keinen wesentlichen Stimmenzuwachs gegenüber  
den letzten Landtagswahlen zu verzeichnen haben, sondern  
nur eine gewisse Verdrängung innerhalb des bürgerlichen  
Lagers eingetreten ist. Von einzelnen Orten kommen all-  
erdings Sondermeldungen, nach denen die Deutschnatio-  
nalen einen Stimmenzuwachs bis zu 50 Prozent gewonnen  
haben wollen. Soweit Vergleiche möglich waren, hat es sich  
aber herausgestellt, daß diese Behauptungen weit über die  
Wahrscheinlichkeit hinausgehen, ja daß die Deutschnationalen  
nicht nur ihren Bestand vom Juni 1920 haben erhalten,  
sondern die Zahlen der Landtagswahlen vom 19. 9. für diese  
Wahl zum Vergleich heranzuziehen, ist aber irreführend,  
weil sich die politischen Verhältnisse seitdem so wesentlich  
verändert haben, daß nur die Zahlen vom Juni 1920 ein-  
zig Vergleiche möglich sind. Im allgemeinen ist es wohl  
zu dem großen Nachschub, der in die Deutschnationalen  
und Volksparteier nach rechts, die in die Deutschnationalen  
und Volksparteier nach links ebenso großen wie rigorosen  
Wahlmann, annehmen möchten, nicht gekommen. Und wo  
ein solcher Rückgang eingetreten ist, geschah es auf Kosten der  
Deutschen Volkspartei, die von ihrem Stimmenzuwachs aus  
den vorjährigen Präsidentschaftswahlen manches wieder  
abgeben mußte. Wir glauben nicht, daß diese Partei mit dem  
Wahlschicksal ganz zufrieden sein wird. Wenn sie auch in  
die neue Landesversammlung mit einem Gewinn an Man-  
daten eingehen wird, so muß sie doch erkennen, daß die  
vom Juni 1920 eingetretene Spanne zwischen Theorie und  
Praxis manchen Wähler vor den Kopf gestoßen hat.

Zur Stunde, wo diese Zeilen in Druck gehen, ist es noch  
ganz unmöglich, zu einem abschließenden Urteile darüber zu  
kommen, ob auf Grund des Wahlergebnisses mit einer Ver-  
änderung der Regierungskoalition zu rechnen ist, die in sich  
in erster Linie durch die Wahlsituation der Rechts-  
parteien bestimmt würde. Daß das Staatsruder ganz nach  
rechts herumgelegt werden kann, damit rührt wohl im  
Ernst niemand, denn es wird nur recht wenige Menschen  
geben, die, wenn es dahin käme, ein Entwürf-Ober-Politi-  
kist, die im Bürgerkrieg finden, mitmachen wollten.  
Wohl wird der sozialistische Einfluß in der preussischen  
Regierung jenseit eingeengt werden, doch er nicht mehr zwin-  
gend, sondern nur noch mitbestimmend sich bemerkbar machen  
würde. Daß wir zu einer Regierungskoalition ähnlich wie  
im Reich kommen werden, ist wohl möglich, und es ist wohl  
möglich, daß diese Koalition eine festere Basis haben könnte,  
wenn die Mehrheitssozialdemokratie ihre Stellung im poli-  
tischen Leben so wagt, wie es sich eigentlich nach dem Wip-  
pel zwischen ihr und dem Kommunismus sich aufgetan hat,  
und sich vertritt.

Als ziemlich sicher darf man wohl annehmen, daß die  
Demokratie gegenüber dem Juni 1920 im allgemeinen sich  
etwas erloszt hat. Aber es ist, wie gesagt, allmählich, nach den  
von uns eingeleiteten Teilergebnissen, irgendwelche allzu  
optimistischen Schlüsse zu ziehen. Bisherlich sind wir noch  
nicht einmal in unserer heutigen Abendausgabe imstande,  
ein vollkommen klares Bild der Verhältnisse zu gewinnen.  
Die Stimmenführung ist diesmal ja besonders schwierig, da  
es sich um drei Klassen handelt, deren Auszählung durch  
dieselben Wahlverfahren und ihre Geschlossenheit aus tech-  
nischen Gründen nicht so schnell zu bewältigen ist.

Aber aus eine dürfte wohl heute nicht feststehen: Die  
Hochkonjunktur des Sozialismus in unserem Vaterlande ist  
überwunden und die Arbeiterbewegung selbst befindet sich in ihrer  
überwundenen Freiheit, daß sie mit Phantasmen und  
Gewaltmetoden nicht zufrieden werden kann. Wenn sie sich  
auch zum Teil infolge der massiven Verdrängung nach nicht  
zur Demokratie zurückfinden kann, so hat sie doch durch ihre  
Wahlbeteiligung an einem Rückschritt in der Politik bei-

getragen, der, wenn er richtig ausgemerzt wird, zu einer  
Stärkung der Demokratie führen kann. Also warten wir  
ab, was die nächsten achtundvierzig Stunden an amtlichen  
Wahlergebnissen bringen. Auch dann erst läßt sich beurteilen,  
ob unsere Befürchtungen, die wir an den Ausfall der Wahl  
hinsichtlich der Wirkung auf das Ausland geknüpft haben,  
berechtigt sind oder nicht.

### Wahlergebnisse in Preußen.

Berlin, 20. Febr. Die Wahlbeteiligung war bis in die  
späten Nachmittagsstunden in Berlin in Höhe von 75,7  
prozent, worüber sich sämtliche Parteien einig sind, daß  
Kommunisten u. trotz der geringen Wahlbeteiligung  
zu belagern hatten. In den meisten Bezirken hatten bis zu  
den ersten Nachmittagsstunden knapp 40, in einigen wenigen  
Bezirken 50 Prozent der Wahlberechtigten gewählt. Be-  
sonders schwach war die Wahlbeteiligung der bürgerlichen  
Wähler. In den späteren Nachmittagsstunden trat eine ge-  
wisse Bewegung ein und auch die bürgerlichen Wähler er-  
schienen an der Urne. Trotz des schleppenden, der sehr  
intensiv war, muß aber die Wahlbeteiligung bis zum Schluß  
der Wahlen als schwach gekennzeichnet werden.  
Berlin, 12 Uhr nachts. D. Volksp. P. 66 370 (75 000);  
D. Volksp. P. 121 000 (150 000); Deutschnat. Volksp. P. 168 000  
(122 000); Mehrh.-Soz. P. 221 000 (187 600); Unabh. Soz. P.  
197 000 (456 000); Komm. P. 112 800 (14 000); Zentrum:  
40 000 (36 000); Wirtschaftspartei: 45 759; Niedersächsische  
Landespartei: 20.

Wahlkreis 4, Potsdam 1. Wahlbez. 124, Wahlst.  
dort 54; Berlin: Deutschnationale 881, D. Volksp.:  
115, Zentrum 110, Deutsche Demokraten 209, Sozial-  
demokraten 939, Unabhängige 304, Kommunisten 448, Wirt-  
schaftspartei 418.

Potsdam 2. D. Volksp. P. 8261; D. Volksp.: 17 301;  
Deutschnat. Volksp. P. 19 470; Mehrh.-Soz. P. 31 613; Unabh.  
Soz. P. 30 599; Komm. P. 16 456; Zentrum: 4358; Wirt-  
schaftspartei: 5651.

Brandenburg (Rand). D. Volksp. P. 982; D. Volksp.:  
1220; Deutschnat. Volksp.: 1170; Mehrh.-Soz. P. 2925; Unabh.  
Soz. P. 3228; Komm. P. 289; Zentrum: 307.

Brandenburg (Stadt). D. Volksp. P. 921; D. Volksp.: 3369;  
Deutschnat. Volksp. P. 1698; Mehrh.-Soz. P. 3436; Unabh. Soz.  
P. 3682; Komm. P. 124; Zentrum: 220.

Cisleben. D. Volksp. P. 1008; D. Volksp.: 2355; Deutschnat.  
Volksp.: 2388; Mehrh.-Soz. P. 1943; Unabh. Soz. P. 851;  
Komm. P. 2850; Zentrum: 538.

Nordhausen. D. Volksp. P. 4200; D. Volksp.: 3724;  
Deutschnat. Volksp.: 2018; Mehrh.-Soz. P. 1533; Unabhängige  
Soz. P. 4642; Komm. P. 1562; Zentrum: 505.

Mücheln (Stadt). Deutschnat. Volksp.: 628, Deutsche Volksp.  
P. 2238, Zentrum 186, Deutschnat. Volksp.: 1129, Soz. 3000,  
Kommunisten 816.

Magdeburg (Stadt). Deutschnat. 12 800, Deutsche Volksp.  
P. 17 300, Zentrum 1700, Soz. 34 000, Unabh. Soz. 5000, Kom-  
munisten 4000, Wirtschaftspartei: 800.

Magdeburg (Stadt). D. Volksp. P. 4313; D. Volksp.: 15 957;  
Deutschnat. Volksp.: 14 772; Mehrh.-Soz. P. 6255; Unabh.  
Soz. P. 3521; Komm. P. 10 593; Zentrum: 8283.

Aus dem Wahlkreis 22 Bismarck-Str.-Bezirk, Eßen-  
Bismarck wird gemeldet, daß die Wahlbeteiligung  
auffallend stark war. Insbesondere trug die Frau-  
en in Wahlen zur Wahlurne. Die Wahlbeteiligung be-  
trug etwa 85 Prozent. Die linksstehenden Parteien haben  
eine verhältnismäßig starke Zunahme an Wählern der bür-  
gerlichen Parteien zu verzeichnen.

Im Wahlkreis 15, Hannover I, wo gleichzeitig die  
Wahlen stattfanden, war die Wahlbeteiligung außer  
ordentlich hoch. Rund 60 Prozent der Wähler beteiligten sich  
an der Wahl. Ergebnisse liegen noch nicht vor.

Hannover. D. Volksp. P. 1213; D. Volksp.: 6431;  
Deutschnat. Volksp.: 2043; Mehrh.-Soz. P. 8287; Unabh. Soz. P.  
617; Komm. P. 2603; Zentrum: 12 130; Polen: 37.

Bremen (Einfuhrhafen). D. Volksp. P. 28 259 (20 003);  
D. Volksp.: 39 648 (20 634); Deutschnat. Volksp.: 9692  
(9280); Mehrh.-Soz. P. 35 970 (25 421); Unabh. Soz. P. 34 606  
(46 804); Komm. P. 11 257 (7539); Zentrum: 3609 (2914).

Bremen (Stadt). Bismarck-Str.-Bezirk. D. Volksp.: 36 976;  
Deutschnat. Volksp.: 9221; Mehrh.-Soz. P. 35 201; Unabh.  
Soz. P. 34 078; Komm. P. 11 114; Zentrum: 3552; Berufs-  
ständige Liste: 5378.

Julda (Stadt). D. Volksp. P. 642; D. Volksp.: 710;  
Deutschnat. Volksp.: 896; Mehrh.-Soz. P. 2357; Unabhängige  
Soz. P. 618; Komm. P. 26; Zentrum: 6708; Wirtschaftsp.  
P. 348.

Breslau (Stadt), 600 Bezirke. D. Volksp. P. 7100;  
D. Volksp.: 10 540; Deutschnat. Volksp.: 21 401; M. hrb.  
Soz. P. 63 042; Unabh. Soz. P. 908; Komm. P. 4039; Zentrum:  
15 621; Wirtschaftspartei: 8848.

Frankfurt a. M. D. Volksp. P. 2498; D. Volksp.: 7093;  
Deutschnat. Volksp.: 2925; Mehrh.-Soz. P. 15 677; Unabh. Soz.  
P. 1700; Komm. P. 670; Zentrum: 1900.

Hannover (Stadt). D. Volksp. P. 9796; D. Volksp.: 42 148;  
Deutschnat. Volksp.: 15 288; Mehrh.-Soz. P. 62 748; Unabh. Soz.  
P. 8663; Komm. P. 11 709; Zentrum: 38 742; Deutschnat.  
P. 38 742; unglücklich: 818.

Görlitz. D. Volksp. P. 4456; D. Volksp.: 7529; Deutschnat  
Volksp.: 5154; Mehrh.-Soz. P. 17 739; Unabh. Soz. P. 1889; Komm.  
P. 333; Zentrum: 1838.

Köln. D. Volksp. P. 2749; D. Volksp.: 9940; Deutschnat.  
Volksp.: 3546; Mehrh.-Soz. P. 20 315; Unabh. Soz. P. 1324; Komm.  
P. 6393; Zentrum: 31 296.

Trier. D. Volksp. P. 1750; D. Volksp.: 2159; Deutschnat.  
Volksp.: 517; Mehrh.-Soz. P. 3317; Unabh. Soz. P. —;  
Komm. P. 782; Zentrum: 15 116.

Wahlkreis 16; Hannover 2, Hannover-Linden (90 von  
188 Wahlbezirken); Deutschnationale 6515, Deutsche Volksp.  
P. 16 721, Demokraten 4192, Sozialdemokraten 44 992,  
Unabhängige 2012, Kommunisten 5997, Niedersächsische  
Partei (einstig Deutsche Hannoveraner und Zentrum) 17 221.

Frankfurt a. M. (Stadt). Nach dem Wahlergebnis bis  
9 1/2 Uhr abends haben die Unabhängigen und Demokraten  
stark verloren. Auch das Zentrum büßte etwa 10 Prozent ein,  
während die Deutschnationalen und Kommunisten er-  
folgreich gewannen. Mehrheitssozialisten und Deutsche Volksp.  
partei wählten annähernd ihren Best.

### Die Regierungsbildung nach den Preußenwahlen.

Der Vorsitzende der demokratischen Reichstagsfraktion, Abg.  
Ehler, schreibt in der „Neuen Hamburger Zeitung“: Ueber das  
Ergebnis der Wahl in Preußen läßt sich kaum etwas vorher sagen.  
Dagegen ist so viel sicher, daß es bestimmend sein wird, nicht nur  
für die politische Entwicklung in Preußen, sondern auch im Reich.  
Wie es auch ausfallen möge — es wird den Ausgangspunkt bil-  
den für die homogene Gestaltung beider Regierungen. Der Zer-  
bruch des letzten Sommers, als man eine neue Reichsregierung  
schuf, ohne die Verbindlichkeit zu berücksichtigen, wird nicht  
mischeln werden. Jedenfalls würde die Deutsche demokratische  
Partei sich an einer solchen Zwitterbildung schwerlich noch einmal  
beteiligen.

### Lloyd George und Briand.

Die beiden Ministerpräsidenten haben sich kurz vor dem  
Zusammentritt der Londoner Konferenz noch einmal ein-  
gehend über ihre Ansichten zur Reparationsfrage ausge-  
sprochen. Es gelang sich unter den gleichen Umständen, der  
britische Premier wurde im Unterhause von seinen National-  
isten erneut erwidert, aber Lloyd George zeigte ihnen  
eingermaßen die kalte Schulter. Für uns am wertvollsten  
aus seiner Rede ist die Feststellung, daß Deutschland ohne  
Schiffe, Kohlen und Material von mehr als zwanzig  
Milliarden Mark bereits abgefordert hat. Lloyd George ver-  
merkt, daß die Schätzung der Milliarden für den Wert dieser  
Dinge geringer ist, aber er teilte offen auch unsere Schätzung  
mit. An ziemlich klaren Worten betonte er, daß man gar  
nichts bekommt, wenn man auf Unmögliches dringt. Eine  
Million der Milliarden stellte er nur für den Fall in Aussicht,  
daß Deutschland seine Verpflichtungen vollständig nicht aus-  
führt. Ganz anders benahm sich Briand, der allerdings vor  
dem Zuspruch für auswärtige Angelegenheiten des französi-  
schen Senats einem Kolloquium durch Herrn Bonicart unter-  
worfen wurde. Der französische Ministerpräsident ließ sich  
besonders über die Sühnebedingungen aus, denen man ja  
den verhängnisvollen Namen „Sanktionen“ gegeben hat.  
Dabei verteilte sich auch Herr Briand zu der unangenehmen  
Schauspiel, daß die Reparationsfrage, die der Vertrag für  
15 Jahre vorhält, noch nicht zu laufen begonnen habe. Hier-  
gegen kann nicht genug protestiert werden. Nach dem  
klaren Wortlaut des Vertrages läuft die Frist von dem  
Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages an. Eine  
Verlängerung kann nur bei vorläufiger Nichterfüllung  
Deutschlands erfolgen. Auch wenn der französische Minister-  
präsident von einer Ausdehnung der militärischen Situa-  
tionszone sprach, verteilte er den Boden des Vertrages. Daß  
man zwischen uns und dem Rheinlande eine Zollgrenze er-  
richten will, wenn wir uns nicht dem Pariser Diktat beugen,  
war die weitere Drohung, und schließlich teilte Herr Briand  
noch die förmliche Drohung mit, daß wir nicht in den Röhren-  
bund aufgenommen würden. Seine Ausführungen waren  
eine einzige Verbeugung vor den französischen Lebernational-  
isten, und es ist in diesem Zusammenhang nicht weiter  
verwunderlich, daß die Pariser Wahnsinnforderungen ein  
Minimum nannte. Als Stimmungsmerkmal für die Lon-  
doner Konferenz sind die beiden Ministerreden entsehrlich  
bemerkenswert.

### Die Reparationen.

Paris, 19. Februar. In einer Jahres-Runde wird auf die  
Meldung des Wollfischen Büros hinsichtlich der Aus-  
führung des Artikels 233 des Friedensvertrages bezir. die Sch-  
denberechnungen. Mit Unrecht verlagte sich die deutsche  
Regierung über die Höhe der benötigten Mittel. Die Repara-  
tionskommission habe eine Frist von 10 bis 15 Tagen vorgeschrieben,  
damit Deutschland seine ersten Bemerkungen vorbringen. Eine  
Erklärung Herrs Kroll habe die deutsche Regierung über ihren  
amtlichen Fragen zu formulieren. Es dürfte also über den ge-  
setzten Zeit, um die Schadenberechnungen, die ihm übermittelt worden  
sind, zu prüfen.

